

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Herr Peer Knöfler
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70-90
24105 Kiel

15.10.2018

Sehr geehrter Herr Knöfler.
Sehr geehrte Damen und Herren.

der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme zur geplanten Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes (Drucksache 19/848).

Wir empfehlen die geplante Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes abzulehnen.
Zur Begründung.

Seit geraumer Zeit wird der Bildungsbereich für politische Belange benutzt, was den Schulfrieden in erheblichem Maße stört. Es darf nicht sein und muss zwingend verhindert werden, dass eine politische Selbstverwirklichung über die Bildungschancen unserer Kinder entscheidet.

Jegliche Veränderungen am Bildungssystem sind mit erheblichen Unruhen verbunden, die die Effektivität aller Beteiligten schmälert, was fatale Folgen hat und weiter haben wird. Zudem ist nicht ansatzweise gesichert, dass diese Änderungen zu dem beschriebenen Erfolg führen werden. Über die Zukunft der SuS nach dem „trial and error“ Prinzip zu entscheiden, muss umgehend beendet werden.

Es ist wichtiger, allen Lehrkräften ein fachliches und pädagogisches Studium zu gewähren, als hier erneut zwischen GemS und Gyms zu differenzieren. Lehrkräfte unabhängig der Schulform, an derer sie unterrichten, müssen die bestmögliche fachliche und pädagogische Qualifikation haben.

Die Tatsache, Gymnasiallehrkräften die Befähigung zuzusprechen auch an Gemeinschaftsschulen unterrichten zu können, umgekehrt jedoch nicht, ist erneut ein Schlag gegen die Gemeinschaftsschulen bzw. deren Lehrkräfte. Uns haben Lehrkräfte, die von einem Gym an eine GemS gewechselt sind, mehrfach berichtet, dass sie mit den Anforderungen überfordert waren. Hier muss endlich begonnen werden, diese beiden Schulformen als gleichberechtigt und gleichwertig anzusehen, denn sollte mit einer Gewichtung der Schulformen begonnen werden, ist hier zu erwähnen, dass die GemS mit ~100.000 SuS neben den Gymnasien mit lediglich ~75.000 SuS stehen.

Wir legen allen Beteiligten im Bildungsbereich nahe, eher gemeinsam zu arbeiten, als weiter zu differenzieren und so für eine schulische Zweiklassengesellschaft zu sorgen, die in den Köpfen vieler immer noch sehr ausgeprägt ist.

Es werden schnellstmöglich Konzepte benötigt, die Bildung im Lande voran zu bringen und zukunftsfähig zu machen. Das kann nur unter gleichberechtigter Beteiligung aller gelingen.

Das zu einer Gleichstellung der Position, auch eine Gleichstellung der Besoldung gehört, ist eine Selbstverständlichkeit.

Daher empfehlen wir eindringlich, die geplante Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes abzulehnen und stattdessen ein sinnvolles Konzept für eine einheitliche Lehrkräftebildung zu erarbeiten.

Auch wenn es nicht Bestandteil der Stellungnahme ist, möchte wir den vorgegebenen Zeitrahmen für diese Stellungnahme ausdrücklich bemängeln.

Wie bekannt und auch in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses von diversen Mitgliedern des Ausschusses mehrfach erwähnt, überschritten sich die 3-wöchigen Herbstferien vollständig mit der gesetzten Frist.

Ein Teil der zur Stellungnahme gebetenen Organisationen und Personen, hier sind insbesondere die ehrenamtlich tätigen Landeselternbeiräte und Landesschülervertretungen zu erwähnen, sind innerhalb der Ferien nicht, oder nur sehr eingeschränkt handlungsfähig. Für die Stellungnahme zu einem Thema, das eine hohe Priorität besitzt, sind diverse Absprachen innerhalb der entsprechenden Gremien jedoch zwingend notwendig und zeitaufwendig.

Wenn Stellungnahmen der Gremien ernst genommen und nicht nur „pro forma“ gefordert werden, hat ihnen dementsprechend auch ausreichend Zeit zur Erstellung eingeräumt zu werden.

Ich bitte dies zukünftig zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten Muschinski
Vors. LEB GemS S-H